

Frankfurt am Main, 10.08.2016

Bericht zur Diskussion mit Experten zum Thema „Kommunal финанzen“

Kommunen brauchen finanziellen Spielraum. Steigende soziale und infrastrukturelle Herausforderungen und eine auseinanderlaufende demographische Entwicklung brauchen aktiv gestaltende Kommunalpolitik. Die Spielräume werden aber angesichts Schuldenbremse und mittelfristig wieder steigender Zinsen eher geringer denn größer werden.



Bankenregulierung bedroht Kommunalfinanzierung
– Angriff auf kommunale Eigenständigkeit

In einer Diskussionsveranstaltung des Finanzforums Frankfurt zu Herausforderungen der Kommunal финанzen verwiesen die Referenten Sebastian Weinert, stellvertretender Leiter des Bereichs Öffentlicher Sektor Deutschland der Deutschen Bank und Eckhard Hassebrock, Mitglied der Geschäftsleitung der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen auf die möglichen Auswirkungen der Bankenregulierung auf die Finanzierungssituation der Kommunen.

Derzeit scheint die Lage äußerst entspannt. Aufgrund der überschüssigen Liquidität im Markt können Kommunen auf eine breite Basis von Kapitalgebern zurückgreifen. Im kurzfristigen Bereich bekommen Kommunen angesichts des derzeitigen Niedrigzinsumfelds teilweise sogar Zinsen ausgezahlt, wenn sie sich Geld leihen.

Jedoch kann sich dies rasch ändern. Der Investitionsbedarf der Kommunen wird derzeit mit über 136 Mrd. € geschätzt. Daneben steht eine bereits bestehende, mittlerweile sehr Kassenkreditlastige Verschuldungsstruktur der Kernhaushalte von knapp 140 Mrd. €. Herr Weinert wies darauf hin, dass hiervon ca. 50 Mrd. € kurzfristige Kassenkredite seien. Ein Volumen, das in den letzten Jahren rapide angestiegen sei und mehr und mehr Tendenz zeige, eher prolongiert als zurückgeführt zu werden. Der Grundsatz, diese eigentlich nur zur Überbrückung gedachten Gelder zeitnah zurückzuführen, drohe aus dem Blick zu geraten.

Die Verschuldungssituation vieler Kommunen sei somit außerordentlich angespannt und vor allem die zunehmende Kluft zwischen armen und reichen Kommunen bedenkenswert.

„Das aktuelle Umfeld ist sehr herausfordernd für viele Kommunen. Es wird zunehmend schwierig, die weiter gestiegenen Sozialausgaben zu bewältigen - und zusätzlich nun auch die außerordentlichen Aufwendungen in Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Meist ist der Spielraum auf der Einnahmeseite dabei schon ausgeschöpft. Die bundesweit deutlich angestiegenen Grundsteuer- und Gewerbesteuersätze notieren bereits oft auf Allzeithochständen“, beschreibt Sebastian Weinert die Lage. Zusätzlich verunsicherten die Insolvenzen kommunaler Unternehmen vor allem Kapitalmarktinvestoren. Solche Fälle traten zuletzt gehäuft auf und wurden öffentlichkeitswirksam dargestellt. Die fehlende oder nur sehr schleppende Bereitschaft der kommunalen Gesellschafter, den jeweiligen Unternehmen finanziell zur Seite zu stehen, stelle aus Sicht vieler Investoren das „bündische Prinzip“ in Frage. So sei bei einigen Investoren derzeit eine deutliche Zurückhaltung bei Investitionen in Kommunen bestimmter Bundesländer zu beobachten.

Jedlichen Bedenken seitens neuer Fremdkapitalgeber gilt es daher nun ernsthaft zu begegnen, so Weinert. Denn die regulatorischen Vorgaben von Basel III hätten Einfluss auf die Finanzierung von Kommunen und erforderten zusätzliche Finanzierungsquellen. V.a. eine regulatorische Obergrenze für die Verschuldungsquote („Leverage Ratio“) könne dabei für die Kommunen nachteilig wirken. Bei begrenzten Kreditkapazitäten würden Banken zukünftig genauer hinsehen, wenn es um den Ertrag aus einer Kundenbeziehung geht. Die Folge: Wo die Margen gering sind, wird es für Banken weniger profitabel, Kredit zu vergeben. Außerdem werde es künftig nur noch eingeschränkt möglich sein, längerfristige Kredite mittels kurzfristiger Einlagen zu refinanzieren („Net Stable Funding Ratio“). Gerade bei den langlaufenden (Infrastruktur-)Investitionen von Kommunen sei das ein Problem. Es sei zu erwarten, dass viele Institute ihre maximalen Kreditlaufzeiten deutlich nach unten anpassen werden. Losgelöst davon, so Weinert abschließend, sei unbedingt das Zinsrisiko der Kommunen im Auge zu behalten. Gerade da ein großer Teil der kommunalen Verschuldung nur sehr kurzfristig finanziert sei, sind risikobegrenzende Maßnahmen genau zu erwägen. Sobald das Zinsniveau sich auch nur um wenige Prozentpunkte erholt, drohe der Zinsaufwand in den kommunalen Haushalten erheblich anzusteigen.

Auch mit Blick auf die weitere Diskussion um die Risikolosigkeit von Staatsschulden drohe den Kommunen Ungemach, wie Herr Hassebrock verdeutlicht. Die Bundesbank fordere als Lehre aus der Finanzkrise unterstützt von der Bundesregierung das Ende der Annahme, dass Staatsschulden risikolos seien und damit faktisch ein Rating für öffentliche Schulden. Dies würde bedeuten, dass Banken die Darlehen an Kommunen zukünftig mit Eigenkapital unterlegen müssten und sich diese erheblich verteuerten.

„Die kommunale Gemeinschaft muss sich einmischen. Derzeit werden die Kollateralschäden der Position der Bundesbank nicht diskutiert“, meinte Hassebrock. Die Vorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, eines Zusammenschlusses der Zentralbanken und

Bankaufsichtsbehörden (Basel IV) seien in ihrer Wirkung ein Angriff auf die garantierte Eigenständigkeit der deutschen Kommunalverfassung. In Zukunft würden dann Bankenaufseher und Ratingagenturen über die kommunale Gestaltung entscheiden, nicht mehr gewählte Parlamentarier und Kommunalvertreter.

Er betonte: „der Staat war doch in der Krise gerade der Anker, nicht das Risiko!“. Wenn es 2008/2009 bereits entsprechende Regelungen gegeben hätte, hätte es keine Konjunkturpakete gegeben, sondern ein „zu Tode sparen“ der Konjunktur. Das wäre dann die gleiche Reaktion, wie sie Reichskanzler Brüning nach der Weltwirtschaftskrise eingeschlagen habe. Die Folgen seien bekanntlich dramatisch gewesen.

In der Diskussion machte Roger Podstatny, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Stadtverordnetenfraktion Frankfurt deutlich, dass angesichts der bestehenden rechtlichen Aufsicht durch das Hessische Innenministerium und die Notwendigkeit der Genehmigung der Haushalte durch das Land nicht von einem hohen Risiko für Kommunen ausgegangen werden könne.

Auch über die Frage des Risikos schlossen sich intensive Diskussionen an, es habe in der Vergangenheit bereits Staatsinsolvenzen gegeben. Notwendig sei eine Entkopplung der Risiken von Banken und Staaten. Auch würde man sicher nicht jedem Kämmerer und Bürgermeister das Geld seiner Kinder anvertrauen. Das Kernproblem sei aber die Ausstattung der Kommunen mit den ihren Aufgaben entsprechenden Einnahmen. Die Solidarität von Bund und Ländern mit den Kommunen dürfe nicht in Frage gestellt werden.

Stefan Marx, Bijan Kaffenberger, Johannes Loheide und Johannes Pockrandt

für den Sprecherkreis.

SPD Finanzforum Frankfurt

www.spd-finanzforum-ffm.de



www.facebook.com/SPD.Finanzforum.FFM

